



# **Jahrespressekonferenz des Sozialverbands VdK Bayern**

**Donnerstag, 28. November 2024**

**Statement**

**Verena Bentele**  
**Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland**  
**Landesvorsitzende Sozialverband VdK Bayern**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein herzliches Willkommen auch von mir zur Jahrespressekonferenz des VdK Bayern.

Der Bruch der Berliner Ampelkoalition kam fast wie das Finale eines Familienkrachs daher, der so lange eskalierte, bis es nicht mehr ging. Das Problem ist, dass die Bundesregierung mit ihren Streitereien auch die Bevölkerung und deren Vertrauen in die Politik strapaziert hat. Zahlreiche wichtige Projekte – gerade in der Sozialpolitik – wurden entweder gar nicht erst begonnen oder nicht mehr zu Ende gebracht. Wie es weitergeht mit der Rente, mit der Bekämpfung von Armut, mit Inklusion und Teilhabe, mit einer guten Gesundheitsversorgung oder mit der Pflege, ist ungewiss.

Die Einlassungen zur Bundespolitik von Seiten der Union und im Speziellen von der bayerischen CSU waren und sind jedoch auch nicht immer konstruktiv.

Eines der vermutlich wenigen Gesetzesvorhaben, das SPD und Grüne jetzt trotz Abgangs der FDP als Bundesregierung noch auf den Weg bringen konnten, ist die Krankenhausreform. Der Bundesrat hat die Anrufung eines von Bayern geforderten Vermittlungsausschusses abgelehnt. Die Krankenhausreform wird nun endlich starten.

Der VdK Bayern hat sich – wie Sie vermutlich wissen – für die Krankenhausreform stark gemacht. Glauben Sie mir, wir haben uns damit nicht nur Freundinnen und Freunde gemacht. In nicht wenigen bayerischen Kommunen wurde den Menschen suggeriert, dass ihnen mit der Reform eine schlechtere Versorgung oder gar Unterversorgung droht. Dabei bringt eine gut gemachte Reform das Gegenteil davon: nämlich gut erreichbare Standorte sowohl für Notfallversorgung als auch für die fachliche und klinische Gesundheitsversorgung, hinzu kommt eine gut verzahnte ambulante Versorgung. Die Investition in den Aufbau solcher Strukturen ist wesentlich vernünftiger, als an allen kleinen Kreiskrankenhäusern festzuhalten, die Patientinnen und Patienten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen oft mehr schlecht als recht behandeln können. Ich will hier dennoch betonen, dass der VdK den Plänen von Gesundheitsminister Karl Lauterbach nicht in jeder Einzelheit zustimmt, aber die Richtung passt.

Die Blockadehaltung bis hin zum Starrsinn der bayerischen Staatsregierung gegen eine dringend notwendige Reform der Krankenhausversorgung gerade in einem Flächenland wie Bayern konnte ich nie verstehen. Einem Großteil der bayerischen Kliniken steht das Wasser bis zum Hals, manche retten sich knapp von Jahr zu Jahr, vielen droht die Pleite, oder sie sind bereits insolvent. Immer wieder muss die Staatsregierung selbst mit Steuermitteln einspringen, weil die Kommunen finanziell überfordert sind. Mit der Verabschiedung der Krankenhausreform ist auch Bayern jetzt gezwungen, sich auf den Weg zu machen und erst einmal eine ordentliche Bedarfsplanung aufzustellen. Was andere Bundesländer übrigens längst erledigt haben.

Andere wichtige Gesetzesvorlagen wie das Gewalthilfegesetz oder das Tarifreuegesetz werden es wahrscheinlich nicht mehr über die Ziellinie in Berlin schaffen.

Das Rentenpaket II wird voraussichtlich ebenfalls auf der Strecke bleiben.

Insbesondere die Sicherung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent bis 2040 ist jetzt infrage gestellt. Bis 2027 sollte der Rentenbeitrag zudem stabil bei 18,6 Prozent liegen. Diese Zusicherungen können den Bürgerinnen und Bürgern jetzt leider nicht mehr gegeben werden. Und dabei ist ein Rentenniveau von 48 Prozent ohnehin nach Auffassung des VdK viel zu niedrig. Wir fordern 53 Prozent, um armutsfeste Renten zu garantieren. Doch ohne die im Rentenpaket II vorgesehene Haltelinie könnte das Rentenniveau jetzt sogar auf 45 Prozent fallen. Eine Katastrophe gerade für untere bis mittlere Einkommen, die sich trotz jahrelanger Beiträge dann der Altersarmut entgegenarbeiten.

Mit dem Versanden des Rentenpakets II verschwindet allerdings auch erst einmal das Lieblingsrentenprojekt der Liberalen, das „Generationenkapital“, also staatlich verwaltete Geldanlagen für die Altersvorsorge. Zugegeben: Diesen Teil des Rentenpakets II hat der Sozialverband VdK immer

sehr kritisch gesehen. Wir halten einen verpflichtenden, kapitalertragsgesteuerten Baustein der Altersvorsorge nicht für den Königsweg, um die Zukunft der staatlichen Alterssicherung zu sichern. Im Gegenteil, hier überwiegen die Gefahren.

Zu unseren Mitgliedern gehören viele Rentnerinnen und Rentner oder Menschen, die zu den rentennahen Jahrgängen zählen. Von ihnen wissen wir: Als Rentnerin oder Rentner hat man in Bayern zu kämpfen. Die hohen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energiekosten seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine plus gestiegene Pflege- oder Krankheitskosten kann auch die gute Rentenerhöhung von 4,57 Prozent vom 1. Juli 2024 nicht kompensieren.

In Deutschland erhalten Männer aktuell 1427 Euro Durchschnittsrente, Frauen 936 Euro.

In Bayern liegen die Durchschnittsaltersrenten für Männer bei 1400 Euro, also um 27 Euro niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Bei Frauen ist der Unterschied deutlicher: 869 Euro beträgt hier in Bayern die durchschnittliche Frauenaltersrente, das sind also sogar 67 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt.

Altersarmut ist entgegen aller Beteuerungen der Staatsregierung in Bayern ein großes Thema. Nach den vorläufigen Zahlen für 2023 sind 21,4 Prozent der ab 65-Jährigen in Bayern armutsgefährdet. In der Gesamtbevölkerung sind es 14,6 Prozent. Insbesondere die Armutsgefährdungsquote von älteren Frauen ist mit 24,5 Prozent erschreckend hoch und verharret seit vielen Jahren auf diesem hohen Niveau. In armen Rentnerhaushalten ist die gesetzliche Rente oft das einzige eigene Einkommen. Und nach wie vor ist die gesetzliche Rentenversicherung für Menschen mit niedrigem Gehalt während ihres Arbeitslebens in der Regel die einzige Altersvorsorge.

Deshalb fordert der Sozialverband VdK, die gesetzliche Rente zu stärken, statt sie immer weiter auszuhöhlen. Hier in Bayern sehen wir, wie knapp es jetzt schon für viele im Alter ist. Sie alle wissen, wie hoch alleine die Mieten und Lebenshaltungskosten sind. Es ist offensichtlich, dass die gesetzliche Rente ein Leben ohne Sorgen in Bayern nicht zuverlässig ermöglicht. Deswegen hat das Thema sichere und gute Renten in Bayern eine besondere Brisanz.

Wir haben vorhin vom Rentenniveau gesprochen, das ist aber nur eine Stellschraube.

Das Wichtigste ist, dass Männer und vor allem Frauen in ordentlich bezahlten Jobs arbeiten. Ein langes Erwerbsleben, möglichst viel davon in Vollzeit und mit wenigen Unterbrechungen, so stelle ich mir eine gelungene staatliche Prävention gegen Altersarmut vor.

Um das voranzutreiben, braucht es ein deutliches staatliches Bekenntnis zu Tariflöhnen. Wogegen sich die bayerische Staatsregierung unverständlicherweise wehrt. Auch Bayern hat immer noch kein Tariftreuegesetz.

Zur Bekämpfung von Altersarmut gehört auch, die Förderung von Minijobs deutlich zu beschränken.

Der VdK fordert eine Sozialversicherungspflicht vom ersten Euro an. Ausnahmen sollte es nur für Gruppen wie Studierende oder Rentnerinnen und Rentner geben. Wir erleben es in unseren VdK-Beratungen einfach zu oft, dass gerade Frauen in der Minijobfalle sitzen und deshalb insgesamt zu wenige Rentenansprüche erwerben. Letztlich verursachen Minijobs in der Folge staatliche Ausgaben für Sozialleistungen wie Grundsicherung im Alter. Das kann ja niemand wollen.

Ein großes Anliegen ist für den Sozialverband VdK, die Situation von Menschen mit Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Nicht zuletzt dank des VdK konnten zwar in den letzten Jahren finanzielle Verbesserungen für Betroffene erreicht werden, aber es bleibt Tatsache, dass die lebenslangen Rentenabschläge für viele leider immer noch Armut bis ans Lebensende bedeuten.

Aktuell liegt das Durchschnittseintrittsalter für Altersrenten bei 64,4 Jahren. Wer es aus

gesundheitlichen Gründen nicht mehr schafft zu arbeiten, geht durchschnittlich bereits zehn Jahre früher in die Erwerbsminderungsrente. Das sind zehn verlorene Jahre! Natürlich in erster Linie für die Betroffenen, aber auch für den Staat, denn es fehlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Der VdK fordert deutlich mehr Investitionen in Prävention und Reha und dazu eine stärkere Verpflichtung von Arbeitgebern für Gesundheitsschutz gerade im Hinblick auf immer größer werdende psychische Belastungen. Dann kommt es gar nicht erst zu einer dauerhaften Erwerbsminderung.

Eine der wichtigsten VdK-Forderungen zur Bundestagswahl lautet:  
„Rente für alle!“

Gut möglich, dass Ihnen diese VdK-Forderung bekannt vorkommt. Wir haben sie bereits im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 erhoben. Sie bleibt aber so aktuell und so klug wie vor vier Jahren.

Was heißt „Rente für alle“?

Der VdK fordert, dass alle Menschen in ein und dasselbe Rentensystem, nämlich in die gesetzliche Rentenversicherung, einzahlen. Es muss Schluss sein mit den parallelen Versorgungssystemen, etwa die für selbstständige Berufe, für Beamtinnen und Beamte, für Abgeordnete. Das würde die gesetzliche Rentenversicherung auf eine breitere Basis stellen. Ein Großteil der Bevölkerung befürwortet das. Übrigens hat auch eine Kranken- und Pflegeversicherung für alle großen Rückhalt – selbst bei aktuell privat Versicherten.

Leider ist in der Bundesregierung nicht einmal die Integration von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung gelungen. Obwohl diese Neuerung auch Teil des Koalitionsvertrags gewesen war. Eine solche Erweiterung wäre ein echter Schritt zur Bekämpfung von Altersarmut gewesen. Denn nicht wenige Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen, sind ehemalige Selbstständige, die sich keine private Altersvorsorge aufbauen konnten.

Es geht dem VdK in seinen Forderungen zur Bundestagswahl aber nicht nur um die Bekämpfung von Altersarmut. Denn die Armut im Erwachsenenleben hat ihre Ursachen oft in der familiären Herkunft eines Menschen.

Es ist ein Trauerspiel oder eher eine Schande, dass wir es zulassen, dass so viele Kinder in Armut aufwachsen. Kinder sind unsere Zukunft, heißt es doch immer. Dann haben sie aber auch bessere Startbedingungen verdient.

In Bayern sind 16,2 Prozent aller Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen (Zahlen 2023). Das sind 370.000 Kinder und Jugendliche, die in armen Familien aufwachsen. Ob diese 370.000 Kinder eine gute Ausbildung und ein gutes Einkommen haben werden, darf bezweifelt werden. Denn Armut wird in der Regel vererbt.

Die Ampelregierung in Berlin hat mit der vollkommen missglückten Einführung einer Kindergrundsicherung eine große Chance vertan.

Wenn ich einer neuen Regierung etwas raten dürfte, dann dies: Kehren Sie die Scherben zusammen, die die Ampelkoalition beim ersten Versuch hinterlassen hat, und fangen Sie von vorne mit dem Projekt Kindergrundsicherung oder „Investition in die Zukunft“, wie wir es auch nennen könnten, an. Es lohnt sich!

Mein guter Rat würde wohl ein kritisches Naserümpfen provozieren, falls es eine Unionsbeteiligung in der nächsten Bundesregierung gibt. Aus der absolut feindseligen Haltung vor allem der CSU gegen eine Kindergrundsicherung spricht ein grundsätzliches wie unverständliches Misstrauen gegen die Eltern dieser Kinder. Nach dem Motto: Das Geld verprassen die Eltern für sich selbst. Dieses Narrativ ist so hartnäckig wie falsch, es lässt sich durch keine Studie belegen.

Tatsache ist, dass wohlhabende Eltern momentan deutlich mehr gefördert werden als Eltern mit wenig

Einkommen. Insbesondere durch steuerliche Vorteile. Diese Eltern können sich Betreuungsleistungen auch einfacher „einkaufen“, wenn es zu wenig öffentliche Angebote gibt. Nicht wenige, gerade alleinerziehende Frauen schaffen es gar nicht, arbeiten zu gehen, weil ihnen eine zuverlässige Kinderbetreuung fehlt oder diese für sie nicht bezahlbar ist. Teufelskreise wie diese ließen sich durch eine kluge finanzielle Förderung von Kindern vom ersten Tag an durchbrechen.

Die bayerische Staatsregierung nennt Bayern gerne ein „Familienland“. Da möchte ich meine Zweifel anmelden. Denn gerade hat Ministerpräsident Söder angekündigt, freiwillige soziale Leistungen des Freistaats zu kürzen. Das bisherige Familiengeld und das einkommensabhängige Krippengeld für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr sollen ab 2026 zu einer Leistung zusammengefasst werden, also statt bis zu 8400 Euro nur noch 3000 Euro als Einmalzahlung.

Diese Maßnahme trifft einkommensschwache Familien ungleich härter, weil ausgerechnet das einkommensabhängige Krippengeld, mit dem gezielt ärmere Kinder unterstützt wurden, abgeschafft wird. Stattdessen wird zur kleinen Gießkanne für alle gegriffen. Völlig vage und nicht zu kontrollieren ist das Versprechen, das gesparte Geld in die Verbesserung von Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen zu stecken. Eines ist sicher: Die Kinder und die Eltern, die diese Einsparung heute trifft, werden von den später vielleicht verbesserten Strukturen sicherlich nicht mehr profitieren.

Zum „Familienland Bayern“ gehören auch die Familien, in denen pflegebedürftige Angehörige versorgt werden. Ministerpräsident Markus Söder, Sozialministerin Ulrike Scharf und Pflegeministerin Judith Gerlach betonen ohne Unterlass, wie wichtig die Pflege zu Hause und wie wertvoll die Leistung dieser Menschen ist. An diesen Sonntagsreden darf gezweifelt werden, denn als weitere Sparmaßnahme wurde eine Halbierung des Landespflegegelds von 1000 auf 500 Euro jährlich pro Pflegebedürftigem ab Pflegegrad 2 verkündet.

Das Manöver drum herum ist ebenso leicht zu durchschauen wie beim Familien- und Krippengeld. Auch hier soll das eingesparte Geld angeblich in den Aus- und Aufbau von Pflegestrukturen gesteckt werden. Auch hier kann erstens niemand die korrekte Geldumleitung kontrollieren, und zweitens würden die heute Pflegebedürftigen die späteren goldenen Zeiten mit ausreichenden Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen wohl kaum mehr erleben. Das ist fast schon zynisch.

Passt aber leider ins Gesamtbild.

Es ist für den Sozialverband VdK eine große Enttäuschung, dass es der Bundesregierung nicht gelungen ist, die Herausforderungen der Pflege anzupacken. Abgesehen von der Anhebung des Pflegegelds, was der VdK gefordert hatte, hat sich für die Situation von Pflegebedürftigen durch die Ampelregierung wenig verbessert. Insgesamt wurde für die Angehörigenpflege kaum etwas erreicht. Im Gegenteil: Der große Mangel an Pflegeplätzen, an ambulanten Diensten, an Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen verschiebt sich mit voller Wucht auf die Angehörigen, die diesen Mangel auffangen müssen. Und das zu schwierigsten Bedingungen, denn längst nicht alle Leistungen, die einem theoretisch aus der Pflegeversicherung zustehen, können auch abgerufen werden. Von Michael Pausder haben wir gerade gehört, wie oft der VdK wegen eines zu geringen Pflegegrads in ein Rechtsverfahren gehen muss. Hinzu kommt der aufreibende Alltag der pflegenden Angehörigen, also das Kümmern um Hilfsmittel, um ein barrierefreies Wohnumfeld, um das Jonglieren zwischen Beruf und Pflege.

Leistungen rund um die Pflege werden in den Familien oft unentgeltlich erbracht, das Pflegegeld kann das nicht auffangen. Nicht wenige (oft weibliche) pflegende Angehörige geraten ins finanzielle Abseits. Manche von ihnen brauchen Bürgergeld, um ein Familienmitglied pflegen zu können, weil sie nicht arbeiten gehen können. Diese Situation ist hinreichend bekannt.

Umso enttäuschender ist es, dass eine Entlohnung für pflegende Angehörige, die ebenfalls im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gestanden hatte, gar nicht erst in Angriff genommen worden ist.

Deshalb war das Landespflegegeld in Bayern so wichtig. Dessen Kürzung ist ein weiterer Tiefschlag für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Wir haben die Halbierung des Landespflegegelds in den Medien scharf kritisiert. Uns erreichen dazu auch viele Schreiben und Anrufe von VdK-Mitgliedern. Der Tenor: „Gespart wird immer bei den Schwächsten.“ Das Landespflegegeld ist eine freiwillige Sozialleistung in Bayern. Den klammen Haushalt aber ausgerechnet mit dem Sparen am Sozialen zu sanieren, ist ein alarmierendes Zeichen für eine gesamtpolitische Tendenz, vor der ich ausdrücklich warnen möchte. Solche Entscheidungen untergraben das Grundprinzip des solidarischen gesellschaftlichen Miteinanders. Es wird ein Bild von Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung als selbst verschuldetem Makel geschaffen. Vertrauen in den Staat und seine Institutionen wird so nachhaltig beschädigt.

Dabei sind wir in Deutschland doch prinzipiell gut aufgestellt. Wir haben etwas, worum uns viele andere Länder beneiden: einen Sozialstaat, der in weiten Teilen funktioniert.

Das Problem: Der Sozialstaat wird an vielen Stellen ausgetrocknet, viele reden ihn schlecht, spielen Ärmere gegen noch Ärmere aus, manche wollen den Sozialstaat gar abschaffen – und vergessen dabei, dass jeder und jede von uns von ihm profitiert und ihn oft im Leben braucht.

Der Sozialverband VdK setzt hier einen Kontrapunkt:

Angesichts der Bundestagswahl erklärt sich der VdK zum riesigen Fanclub des Sozialstaats. Wohl gemerkt des Sozialstaats, keiner bestimmten Partei. Wir werden also die Aussagen der Kandidatinnen und Kandidaten und die Wahlprogramme der Parteien danach beurteilen, inwiefern diese einen soliden Sozialstaat unterstützen.

Eine gute Sozialpolitik fördert Talente, ohne nach Herkunft und Geldbeutel zu fragen. Eine gute Sozialpolitik bekennt sich zu Toleranz und Menschlichkeit. Eine gute Sozialpolitik nimmt jeden mit, trägt manchen eine Strecke – und je mehr das tun, umso leichter ist es.

Der VdK spricht sich auch dafür aus, dass Talente mit Behinderungen mehr gefördert werden müssen. Dafür bräuchte es endlich eine Verpflichtung privater Anbieter von Dienstleistungen und Produkten zur Herstellung von Barrierefreiheit. Sollten diese nicht vorhanden sein, so bräuchte es dringend Klagemöglichkeiten für die Menschen, die in der Teilhabe in ihrer Entfaltung, im Arbeitsleben, am Ehrenamt und an der politischen Mitbestimmung viel zu oft eingeschränkt werden.

Wir sind als größter Sozialverband nicht naiv. Fans sind niemals naiv. Sie sind begeistert, aber kritisch. Da können Sie jeden Bundesligaverein fragen.

Natürlich geht es in der Politik ums Geld. Haushaltslöcher lassen sich nicht ignorieren. Doch die aktuelle wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ist nicht faulen Menschen im Bürgergeld zuzuschieben. Mir fallen da andere Personen ein. Wladimir Putin zum Beispiel, der mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine ganz Europa in die Krise gestürzt hat.

Aber auch Politikerinnen und Politiker fallen mir ein, die sich als Lobby für wenige reiche und superreiche Menschen verstehen und nicht mehr das Wohlergehen aller Menschen im Blick haben.

Die Frage lautet, wie Haushaltsdefizite saniert werden können. Derzeit dominiert die Antwort: durch Sparen im Sozialbereich. Diese Lösung ist keine, denn sie gefährdet die Basis unseres gesellschaftlichen Miteinanders und setzt den inneren Frieden aufs Spiel.

Ich sehe sehr gute andere Möglichkeiten, um zu sparen: Durch eine Reform der Schuldenbremse zum Beispiel, um Investitionen zu ermöglichen. Oder noch besser durch vermehrte Steuereinnahmen.

Ich bin – anders gesagt – dafür, dass die mehr zahlen, die sich auch mehr leisten können. Nämlich die, die in den großen Häusern wohnen und mit den schnellen Autos fahren. Superreiche profitieren von einem funktionierenden Staat. Sie leisten aber derzeit einen vergleichsweise geringen Beitrag. Konkret fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Reichensteuer und eine Reform

der Erbschaftssteuer, die besonders große Erbschaften in den Blick nimmt, nicht aber Omas Häuschen. Dafür möchten wir mit einem hohen Freibetrag sorgen.

Um das Ganze mit Fakten griffiger zu machen, arbeiten wir mit einer jungen NGO zusammen: Sie heißt „Fiscal Future“. Wir lassen von ihnen ausrechnen, wie sich eine veränderte Steuerpolitik konkret auswirken würde. Die Ergebnisse werden wir demnächst in Berlin präsentieren und geben dann gerne der nächsten Bundesregierung Haushaltsnachhilfe zur Erhöhung der Einnahmen.

Die aktuelle Steuerpolitik fördert die Ungleichheit. Es entsteht der Eindruck, dass es nur den Stärksten gut geht. Hass und Hetze haben deutlich zugenommen. Besonders Populisten und Extremisten von Rechtsaußen schüren diese Stimmung. Wir müssen endlich wieder zum Konsens finden, dass sich alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit an gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen.

Der Sozialverband VdK wird sich deshalb in den kommenden Wochen den Fanschal des Sozialstaats fest umbinden. Denn es ist kalt da draußen. Aber wir sind ein großer Fanclub: 834.000 Menschen hier in Bayern, 2,3 Millionen in Deutschland. Ich bin also optimistisch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!